

Alexander Gajewski

Mitglieder- und Bürgerbeteiligung in den CDU- Kreisverbänden





Alexander Gajewski

Mitglieder- und Bürgerbeteiligung in den CDU- Kreisverbänden

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: studio kruska kommunikationsdesign, Berlin.

Druck: Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG, Osnabrück.

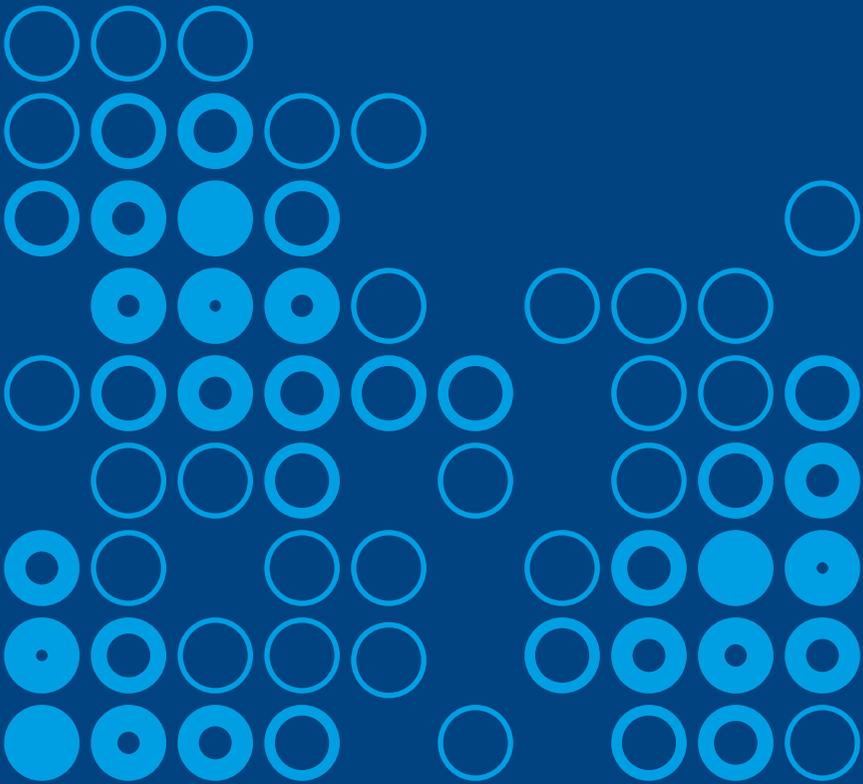
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-091-3

Inhalt

Vorwort	7
Thesen	10
Einleitung	13
Kategorisierung der Beteiligungsverfahren	18
Beteiligungsverfahren der CDU-Kreisverbände	25
Mitentscheidende Verfahren	26
Dialogische Verfahren	27
Konsultative Verfahren	33
Bewertung	40
Dominanz unverbindlicher dialogischer Verfahren	41
Gut aufgestellt bei konsultativen Verfahren	46
Mitentscheidende Verfahren ausbaufähig	47
Öffnung der Beteiligungsverfahren für Nichtmitglieder	50
Mehr Partizipation, mehr Mitglieder?	51
Engagement außerhalb der Partei	53
Ausblick	56
Kreisverbände als Innovationsmotor?	56
Die CDU im Vergleich	58
Empfehlungen	61
Impressum	76
Der Autor	
Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	



Vorwort

„Mehr Experimente!“ – mit diesem Motto hat die Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“ der Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Transformationskonferenz im Dezember 2014 überschrieben. Es versteht sich als Aufforderung an die Volksparteien, auf das geänderte gesellschaftliche Umfeld und die neuen politischen Herausforderungen nicht nur verbal, sondern auch organisatorisch zu reagieren.

Nicht wenige haben das Bild von den unbeweglichen Volksparteien als träge Tanker und ewig kriselnde und von der Gesellschaft entkoppelte Institutionen lieb gewonnen. Umso mehr erstaunt es dann, wenn sie sich über die Modernisierungsbemühungen der Volksparteien ganz im Sinne des Mottos „Mehr Experimente!“ irritiert zeigen. Sie offenbaren damit letztlich ein statisches Verständnis von den Volksparteien. Diese unterliegen jedoch wie die Gesellschaft auch Wandlungsprozessen und ringen um den richtigen Weg in Konkurrenz mit ihren politischen Wettbewerbern.

Ob die Parteimitglieder diese Prozesse selbst gestalten oder ob sich die Volksparteien – am Ende ungewollt – in einer passiven Rolle der Anpassung wiederfinden, liegt letztlich in ihrer Hand. „Mehr Experimente!“ legt jedenfalls eine aktive Rolle nahe. Es lohnt sich also, darüber nachzudenken, wie die Volksparteien der Zukunft aussehen sollen und wie sie dorthin gelangen können. Voraussetzung dafür ist es, Vertrautes zu hinterfragen, ungewohnte Pfade einzuschlagen und diesen Prozess mit Lust auf Veränderungen anzugehen.

Anregungen dafür bieten die zahlreichen gelungenen Experimente in den Kreisverbänden der CDU. Die vorliegende Studie hat auf Grundlage von Telefoninterviews Praxisbeispiele aus den Kreisverbänden zusammengetragen, systematisiert und bewertet. Etliche von ihnen haben die Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Informationsangebote für ihre Mitglieder und teilweise auch Nichtmitglieder ausgeweitet. Ihr Autor kommt zu dem Schluss, dass die Zufriedenheit der Mitglieder und parteinahen Bürger steigt, wenn ihr Engagement Eingang in die Partei findet und auf eine entsprechende „Feedback-Kultur“ stößt. Dabei dürfen, so der Autor, klassische Parteiarbeit und die neuen Wege zu mehr Beteiligung nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollten sich ergänzen.

Die Erfahrungen mit Parteireformen in der Vergangenheit sprechen dafür, dass große Strukturänderungen zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie als Projekt der Partielite angelegt werden und nicht von unten kommen. Die Studie von Alexander Gajewski M.A., dem an dieser Stelle ein herzlicher Dank gebührt, legt demgegenüber nahe, von dem Wissen der Kreis- und Ortsverbände zu profitieren. Die Praxisbeispiele bieten Anregungen für Reformbestrebungen auf der Ebene der Landesverbände und der Bundespartei.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine ertragreiche Lektüre!



Nico Lange

Leiter der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“

Thesen

1.

Die Volkspartei ist auf Kreisverbandsebene sowohl bei „dialogischen“ als auch bei „konsultativen“ Verfahren in der Breite gut aufgestellt. Verbesserungsbedarf besteht hingegen noch bei der Nutzung von „mitentscheidenden“ Verfahren.

2.

Trotz der Vielzahl aller angebotenen Beteiligungsformate handelt es sich bei den meisten um qualitativ verbesserungswürdige Verfahren. Die überwiegende Mehrheit der Beteiligungsangebote wird gegenwärtig von den Mitgliedern und Nichtmitgliedern nur unterdurchschnittlich gut angenommen und genutzt, was vor allem an der ausbaufähigen Kommunikation der einzelnen Verfahren liegt. Insbesondere eine offensichtlichere Darstellung auf der eigenen Homepage, inklusive einer transparenten Kurzbeschreibung des Verfahrensprozesses sowie eine offensivere Bewerbung der jeweiligen Formate wären in diesem Zusammenhang wünschenswert.

3.

Allerdings darf das Thema Beteiligung nicht auf eine gut funktionierende einseitige Kommunikation reduziert werden. Es ist überaus wichtig, dass Mitglieder und gegebenenfalls Nichtmitglieder den Eindruck gewinnen, dass ihr Engagement honoriert wird und sie entsprechend eine Reaktion oder ein Feedback von Seiten der Partei auf ihre Vorschläge erhalten.

4.

Es konnte kein Zusammenhang zwischen Beteiligungsoffenheit (Verfahren) und Mitgliederentwicklung nachgewiesen werden. Folglich scheint Beteiligung nur ein kleiner Baustein unter zahlreichen für die Mitgliederentwicklung wichtigeren Faktoren zu sein, wie beispielsweise die Mitgliederanwerbung vor Ort, der persönliche Kontakt zu Mitgliedern und Bürgern, politische Netzwerkbildung oder die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements außerhalb der Partei.

5.

In den letzten Jahren ist es nach Aussage zahlreicher Kreisverbände zur zunehmenden Einbeziehung von Nichtmitgliedern bei diversen Beteiligungsverfahren gekommen. Grundsätzlich befürwortet der Großteil der Vertreter der Kreisverbände auch künftig eine weitere Öffnung ihrer Verfahren für Nichtmitglieder, wobei der Schwerpunkt auf dialogischen und konsultativen Verfahren liegen sollte. Allerdings müsste die Einbeziehung interessierter Bürger je nach Thematik und Beteiligungsformat von Fall zu Fall entschieden werden. Fast sämtliche Kreisverbände waren der Meinung, dass die Mitwirkung an Entscheidungen, die innerparteiliche Auswirkungen nach sich ziehen, hauptsächlich Parteimitgliedern überlassen werden sollte, wohingegen fast die Hälfte der Verbände bei Themen, die beispielweise die lokale Politik betreffen, sich vorstellen konnte, auch interessierte Bürger zu beteiligen.

Einleitung

Gewöhnlich wird die CDU nicht zuerst mit dem Thema „Beteiligung“ in Verbindung gebracht. Dies gilt sowohl für ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen sowie zu den plebiszitären Instrumenten als auch für ihre innerparteiliche Willensbildung. Während die SPD historisierend das auf die Formel „Mehr Demokratie wagen“ geronnene Erbe Willy Brandts für sich reklamiert und die Grünen sich von Anbeginn an als basisdemokratisch bezeichneten, verband die CDU Beteiligung hauptsächlich mit (ehrenamtlichem) Engagement für das Gemeinwesen. Nicht um Selbstverwirklichung durch Partizipation ging es ihr, sondern um einen Dienst für das Gemeinwohl. In diesem Sinne äußerte sich auch Konrad Adenauer mehrfach, der 1962 in einem Fernsehinterview von einer Verpflichtung der Bürger gegenüber dem Staat in Abgrenzung zu einem gemeinwohlfernen Egoismus sprach:

„Man muß dafür sorgen, daß im Volk ein starkes Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Staat besteht. Der Bürger darf den Staat nicht als seinen Feind betrachten, sondern er muß sich

darüber klar sein, daß er den Staat tragen muß, gleichgültig, welcher Partei er angehört. Aber damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich denke jetzt nicht an Nationalgefühl, sondern an Staatsgefühl; ich denke daran, daß der einzelne weiß: er ist ein Bürger des Staates, und er ist diesem Staate verpflichtet und muß dafür eintreten. Das fehlt leider Gottes in der heutigen Zeit ziemlich stark. Die allermeisten denken nur an sich und denken nicht daran, daß sie selbst gar nicht existieren können, wenn nicht das Ganze festgefügt ist.“¹

An diesem Verständnis haben sich die anderen politischen Wettbewerber, aber auch die Medien abgearbeitet und dabei das Bild einer vermeintlich partizipationsunfreundlichen Partei verfestigt. Bemühungen der CDU, sich neuen Beteiligungsverfahren zu öffnen und die innerparteiliche Demokratie voranzubringen, blieben demgegenüber in der Vergangenheit oft unbeachtet oder wurden gar als reine Alibi-Beteiligung gewertet. So titelte beispielsweise ein Beitrag auf Spiegel Online vom 15. März 2013 über das Mitmachportal „CDUplus“ vernichtend: „Das Märchen von der Mitmach-CDU“.² Der Beitrag stellt in Abrede, dass es bei dem Portal um Bürgerbeteiligung geht, und legt nahe, dass die Partei über diese Website vor allem politische Botschaften im Wahljahr verbreiten wollte.

Aber auch den Parteimitgliedern ist diese Sichtweise nicht fremd, wie die Deutsche Parteimitgliederstudie des Jahres 2009 zeigt. Sie diagnostiziert eine Kluft zwischen dem Wunsch nach mehr Beteiligung und der Sicht der Parteimitglieder auf die praktizierte innerparteiliche Willensbildung.³ Allerdings wurden dabei nur die Urabstimmung über Sachfragen sowie die Urwahl des Bundesvorsitzenden und der Bundestagswahlkandidaten in den Blick genommen. Ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten blieb jedoch unbeleuchtet.

Der These von der vermeintlich beteiligungsunfreundlichen CDU wird in diesem Beitrag auf den Grund gegangen. Grundlage ist die Vermutung, dass die CDU ein viel offeneres und innovativeres politisches Leben führt als oftmals gedacht. Ziel dieser Studie ist es, den Blick auf das Beteiligungsrepertoire der CDU zu richten und dabei Anregungen für mögliche Maßnahmen im Zuge der geplanten Parteireform zu sammeln. Dabei standen nicht die Landesverbände oder die Bundespartei im Fokus, sondern die Ebene der Kreisverbände. Die Kreisverbände nehmen innerhalb der CDU eine Mittlerrolle ein⁴ und bieten sich deshalb als Untersuchungsebene an.

Um an die gewünschten Informationen zu gelangen, führte die Konrad-Adenauer-Stiftung von Juni bis September 2014 über zwanzig teilstrukturierte Telefoninterviews mit Vertretern der CDU-Kreisverbände durch. Ausgewählt wurden die zu befragenden Kreisverbände in erster Linie auf Empfehlung ihrer jeweiligen Landesverbände. Ergänzt wurde dies von einer Internet-Recherche. Zusätzlich wurden sämtliche Kreisverbände mit einem Zuwachs an Mitgliedern kontaktiert, um – hier allerdings nur qualitativ – zu prüfen, ob ein Zusammenhang zwischen der Mitgliederentwicklung und den Partizipationsangeboten der jeweiligen Gliederung besteht. Angestrebt wurde darüber hinaus auch eine möglichst deutschlandweite Streuung auf der Kreisverbandsebene. Die hier gewonnenen Erkenntnisse sind nicht als repräsentativ anzusehen, doch bieten sie einen ersten Einblick in die Innovationskraft in einem Bereich der Partei, der sonst häufig hinter der Ebene der Länder und des Bundes zurücktreten muss.

Die Fülle der genannten Beteiligungsverfahren machte im Zuge der Interviews schon recht bald eine Typenbildung erforderlich. Die Entwicklung einer idealtypischen Kategorisierung der Betei-

ligungsinstrumente und -verfahren soll helfen aufzuzeigen, wo die CDU bereits gut aufgestellt ist und in welchen Bereichen noch Nachhol- bzw. Verbesserungsbedarf besteht. Darüber hinaus erleichtert sie den Vergleich mit den Beteiligungsverfahren anderer Parteien.

Ein weiterer Bestandteil der Interviews war die Abfrage der Wirkung der Beteiligungsverfahren auf der Kreisverbandsebene. An dieser Stelle muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei nicht um allgemeingültige Erkenntnisse handelt. Wirkungsanalysen – insbesondere im Bereich der Partizipation – sind eine große wissenschaftliche Herausforderung, für die es derzeit nur ungenügende Lösungen gibt.⁵ In dieser Studie wird deshalb nur die Selbsteinschätzung der Befragten ausgewertet, die nichtsdestoweniger wertvolle Hinweise liefern kann. Es bleibt zukünftigen empirischen Studien überlassen, die Einschätzung der Parteifunktionäre über die Wirkung der konkreten Beteiligungsverfahren mit denen der Parteimitglieder abzugleichen.

Im folgenden Kapitel werden die entsprechenden Kategorien vorgestellt. Kapitel 4 ordnet die gesammelten Beteiligungsverfahren diesen Kategorien entsprechend ihren dominierenden Eigenschaften zu. Grundsätzlich sind dabei auch Mehrfachzuordnungen möglich. Abschließend wird in Kapitel 5 analysiert, in welchen „Beteiligungskategorien“ die CDU nach dieser Typologie gut dasteht und wo noch Verbesserungsbedarf anzumelden ist. Soweit dies die Datengrundlage hergab, werden darüber hinaus die Verfahren hinsichtlich ihrer Beliebtheit und Wirkung (Einschätzung der Interviewpartner) bewertet, Schlussfolgerungen aus gut funktionierenden Beteiligungsansätzen gezogen und Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge für die künftige Durchführung bestimmter Verfahren formuliert. Nicht zuletzt soll es hier auch um die Einschätzung der Kreisverbände zu weiteren

Faktoren gehen, die Einfluss auf den Eintritt von Neumitgliedern in die Partei und somit auf die Mitgliederentwicklung haben.

¹ Interview mit Daniel Schorr (CBS) am 21.08.1962, st. N. der Fernsehaufnahme, Teil I, S. 3, StBKAH 02.27. Zitiert nach <http://www.konrad-adenauer.de/biographie/zitate/staatsauffassung> [30.09.2014].

² Meiritz, Annett: Bürgerbeteiligung im Netz. Das Märchen von der Mitmach-CDU. In: Spiegel Online vom 15.03.2013. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/buergerbeteiligung-im-netz-die-mitmach-tricks-der-cdu-a-888396.html> [30.09.2014].

³ Hierzu Alemann, Ulrich von / Laux, Annika: Die Mitglieder als Faktor innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung. In: Korte, Karl-Rudolf / Treibel, Jan (Hrsg.): *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2012. – S. 249-266. – *Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband 2012*).

⁴ D'Antonio, Oliver / Werwath, Christian: Die CDU: Innerparteiliche Willensbildung zwischen Gremienarbeit und Grauzone. In: Korte, Karl-Rudolf / Treibel, Jan (Hrsg.): *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2012. – S. 40. – *Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband 2012*).

⁵ Vgl. Geißel, Brigitte / Roth, Roland / Collet, Steffen / Tillmann, Christina: *Partizipation und Demokratie im Wandel – Wie verändert sich unsere Demokratie durch neue Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direktdemokratischer Elemente?* In: Bertelsmann Stiftung / Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*. – Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2014. – S. 25.

Kategorisierung der Beteiligungsverfahren

Prinzipiell werden hier die innerparteilichen Beteiligungsverfahren in drei unterschiedliche Hauptkategorien aufgeteilt:

- Verfahren, bei denen Mitglieder und gegebenenfalls Nichtmitglieder mitentscheiden können („mitentscheidende Verfahren“);
- „dialogische Verfahren“, bei denen Mitglieder und gegebenenfalls Nichtmitglieder mitreden können;
- „konsultative Verfahren“, bei denen die Informationsvermittlung im Mittelpunkt steht.

Bei der ersten Kategorie, den „mitentscheidenden Verfahren“, handelt es sich um formelle Beteiligungsansätze, die in der Satzung der jeweiligen Parteigliederungen festgeschrieben sind. Bei diesen Verfahren können Mitglieder über unterschiedliche Sach- und Personalfragen entscheiden. Die Ergebnisse der Mitgliederbeteiligung sind für die Partei in der Regel rechtlich bindend.

Bei der zweiten Kategorie, den „dialogischen Verfahren“, handelt es sich hingegen um informelle Mitmachangebote. In der Regel sind bei solchen Formaten die Ideen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Teilnehmer gefragt, die anschließend häufig innerhalb der Partei ausgewertet und diskutiert werden und nicht selten in modifizierter Form Eingang in Programme, Projekte oder die politische Ausrichtung finden. Zu einer Übernahme oder Berücksichtigung solcher Vorschläge bei politischen Entscheidungen ist die Partei – anders als bei den „mitentscheidenden Verfahren“ – jedoch nicht verpflichtet.

Die Kategorie der „konsultativen Verfahren“ wird hier ebenfalls als Beteiligungsverfahren betrachtet. Diese Zuordnung ist durchaus umstritten. Oft werden konsultative Verfahren lediglich als einseitige Kommunikation kritisiert, denen ein dialogischer Charakter abgehe. Insbesondere für Vertreter der „kollaborativen Demokratie“¹ und eines normativen Demokratieverständnisses² ist die dialogische Zusammenarbeit konstitutives Element „echter“ Partizipation. Diese Auffassung scheint jedoch zu eng gefasst: Erstens werden konsultative Angebote oft mit dialogischen Verfahren verknüpft. Zweitens ist auch der Informationsfluss nicht immer nur einseitig. Konsultative Verfahren können einerseits darauf zielen, die Parteibasis über Entscheidungen oder Parteipositionen der Parteispitze zu informieren; andererseits erlauben sie den Parteimitgliedern und/oder Nichtmitglie-

dern, der Parteispitze ihre eigenen Meinungen zu kommunizieren. Gerade dieser Aspekt spricht dafür, konsultative Verfahren den Beteiligungsinstrumenten zuzuordnen. Von den dialogischen und mitentscheidenden Verfahren sind sie jedoch abzugrenzen, weil ihnen der Aspekt der gemeinschaftlichen Willensbildung im Rahmen eines öffentlichen Raumes fehlt und sie nicht zwingend in verbindliche Entscheidungen der Partei münden.

Um diese Typen noch weiter auszudifferenzieren, wurden ihnen zwei zusätzliche Variablen zugeordnet. Erstens können sie in mono- und polythematische und zweitens in einmalig stattfindende und wiederkehrende bzw. regelmäßig stattfindende Verfahren unterteilt werden. Aus der Kombination aller Möglichkeiten ergibt sich dann eine Zwölf-Felder-Matrix, die nachfolgend in Tabelle 1 dargestellt ist.

Nicht enthalten in der Tabelle sind weitere Faktoren, die bei der Einteilung der unterschiedlichen Verfahren ebenfalls relevant sind und aus diesem Grund bei der Vorstellung im vierten Kapitel berücksichtigt werden sollen. Eine große Rolle spielen dabei:

- die Anzahl unterschiedlicher „Beteiligungskanäle“ (Reichweite des Ansatzes);
- die Intensität und Nachvollziehbarkeit des Verfahrensprozesses (Grad der Einbindung);
- die Offenheit des Prozesses gegenüber Nichtmitgliedern (Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern).

Mit der Reichweite von Beteiligungsansätzen ist die potenzielle Erreichbarkeit der Parteimitglieder im Zuge der jeweiligen Verfahren gemeint. Die Durchführung einer Online- oder E-Mail-Umfrage schließt beispielsweise die Beteiligung derjenigen Mitglieder aus, die entweder keinen Internetzugang haben oder

keine E-Mail-Adresse besitzen. Aber auch die Abhaltung klassischer Regionalveranstaltungen spricht in der heutigen Zeit viele junge, internetaffine Menschen nicht mehr an und erschwert darüber hinaus den Zugang zum Beispiel für häufig reisende Berufstätige und Pendler. Um also die Reichweite des Ansatzes zu erhöhen und somit möglichst vielen Parteimitgliedern dieselben Beteiligungschancen zu eröffnen, macht in vielen Fällen die Verwendung mehrerer Beteiligungskanäle durchaus Sinn.

Mit dem Grad der Einbindung werden in erster Linie die Transparenz und die Intensität des Verfahrensprozesses bezeichnet. Obwohl dieser Faktor vor allem bei dialogischen Verfahren eine zentrale Rolle spielt, ist die Nachvollziehbarkeit der Beteiligungsprozesse natürlich auch für mitentscheidende Verfahren relevant.

Zuletzt kann auch die Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern eine Rolle für einzelne Verfahren spielen. Je nach Verfahren kann es sein, dass entweder nur Parteimitglieder mitwirken, Mitglieder und Nichtmitglieder gleichberechtigt oder aber Nichtmitglieder bis zu einem gewissen Grad, aber nicht mit denselben Rechten wie Mitglieder am Beteiligungsprozess teilnehmen.

¹ Vgl. Rohr, Jascha: *In unserer Macht. Aufbruch in die kollaborative Demokratie.* – Klein Jasedow: ThinkOya, 2013.

² Vgl. zum Begriff z. B. Hoecker, Beate: *Politische Partizipation: systematische Einführung.* In: dies. (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung.* – Opladen: Barbara Budrich, 2006. – S. 3-20.

Tabelle 1:

Zwölf-Felder-Matrix der Beteiligungsverfahren

Dialogisch

Polythematisch
einmalig

Verfahren mit der einmaligen Möglichkeit für Mitglieder/Nichtmitglieder, der Partei eigene Ideen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge zu unterschiedlichen Themen zu unterbreiten und zu diskutieren, deren Berücksichtigung für die Partei formell rechtlich nicht bindend ist

Polythematisch
wiederkehrend/
dauerhaft

Verfahren mit der regelmäßig wiederkehrenden oder dauerhaften Möglichkeit für Mitglieder/Nichtmitglieder, der Partei eigene Ideen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge zu unterschiedlichen Themen zu unterbreiten und zu diskutieren, deren Berücksichtigung für die Partei formell rechtlich nicht bindend ist

Monothematisch
einmalig

Verfahren mit der einmaligen Möglichkeit für Mitglieder/Nichtmitglieder, der Partei eigene Ideen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge zu einem bestimmten Thema zu unterbreiten und zu diskutieren, deren Berücksichtigung für die Partei formell rechtlich nicht bindend ist

Monothematisch
wiederkehrend/
dauerhaft

Verfahren mit der regelmäßig wiederkehrenden oder dauerhaften Möglichkeit für Mitglieder/Nichtmitglieder, der Partei eigene Ideen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge zu einem bestimmten Thema zu unterbreiten und zu diskutieren, deren Berücksichtigung für die Partei formell rechtlich nicht bindend ist

Mitentscheidend

Verfahren mit der einmaligen Möglichkeit für Mitglieder, verbindlich mehrere unterschiedliche thematische Sach- und/oder Personalfragen zu entscheiden

Verfahren mit der regelmäßig wiederkehrenden oder dauerhaften Möglichkeit für Mitglieder, verbindlich mehrere unterschiedliche thematische Sach- und/oder Personalfragen zu entscheiden

Verfahren mit der einmaligen Möglichkeit für Mitglieder, verbindlich eine bestimmte Sach- oder Personalfrage zu entscheiden

Verfahren mit der regelmäßig wiederkehrenden oder dauerhaften Möglichkeit für Mitglieder, verbindlich eine bestimmte Sach- oder Personalfrage zu entscheiden

Konsultativ

Einmalige Informationsveranstaltungen und Willensbildungsprozesse für Mitglieder/Nichtmitglieder und Parteispitze ohne rechtlich bindenden Charakter zu mehreren Themen; der Informationsfluss geht in beide Richtungen

Regelmäßig wiederkehrende Informationsveranstaltungen und Willensbildungsprozesse für Mitglieder/Nichtmitglieder und Parteispitze ohne rechtlich bindenden Charakter zu mehreren Themen; der Informationsfluss geht in beide Richtungen

Einmalige Informationsveranstaltungen und Willensbildungsprozesse für Mitglieder/Nichtmitglieder und Parteispitze ohne rechtlich bindenden Charakter zu einem bestimmten Thema; der Informationsfluss geht in beide Richtungen

Regelmäßig wiederkehrende Informationsveranstaltungen und Willensbildungsprozesse für Mitglieder/Nichtmitglieder und Parteispitze ohne rechtlich bindenden Charakter zu einem bestimmten Thema; der Informationsfluss geht in beide Richtungen

Beteiligungsverfahren der CDU-Kreisverbände

Insgesamt wurden 21 Kreisverbände der CDU aus neun Bundesländern per Telefoninterview zu ihren Beteiligungsangeboten für Mitglieder und Nichtmitglieder und deren Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung befragt. Bei den Teilnehmern der Telefoninterviews handelte es sich namentlich um die CDU-Kreisverbände Ammerland, Berlin-Pankow, Brandenburg an der Havel, Eisenach, Essen, Gießen, Hannover-Land, Leipzig-Stadt, Magdeburg, Marburg-Biedenkopf, Mülheim an der Ruhr, Münster, Nordfriesland, Potsdam-Mittelmark, Rendsburg-Eckernförde, Rheingau-Taunus, Rhein-Sieg-Kreis, Schleswig-Flensburg, Segeberg, Soest und Vechta.

Die Befragung ergab, dass die unterschiedlichen Verbände eine Vielzahl verschiedenartiger Beteiligungsverfahren zur Einbindung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern nutzen, die von konsultativen über dialogische bis hin zu formell mitentscheidenden Verfahren reichen. Diese Verfahren sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Mitentscheidende Verfahren

In der Umfrage kristallisierten sich insgesamt drei Formate heraus, die den mitentscheidenden Verfahren zugeordnet werden können: Mitgliederparteitage, Mitgliederbefragungen und die Mitarbeit in diversen Arbeitskreisen.

Mitgliederparteitage: Verzicht auf das Delegiertenprinzip

Während das Delegiertenprinzip auf der Bundes- und Landesebene fester Bestandteil der Parteitage ist, zeigt sich die Ebene der Kreisverbände wesentlich offener für eine breitere Basisbeteiligung, indem Parteitage als Mitgliederversammlungen durchgeführt werden. Von den befragten 21 Kreisverbänden ermöglichen vierzehn bereits satzungsgemäß die Durchführung sogenannter Mitgliederparteitage. Dreizehn von ihnen sehen ausschließlich Mitgliederversammlungen vor, während der Kreisverband KV-119 Mitgliederparteitage lediglich für die Aufstellung von Kandidaten für Landratswahlen sowie Bundestags- oder Landtagswahlen (wiederkehrend-monothematisch) vorsieht.

Mitgliederbefragungen: Nachholbedarf auf der Kreisverbandsebene

Anders als teilweise auf der Landesverbands- und der Bundesparteebene wird in den meisten Satzungen der interviewten CDU-Kreisverbände die Durchführung von Mitgliederbefragungen nicht eingeräumt. Allerdings gibt es Ausnahmen, bei denen Befragungen zu Sach- und Personalfragen (wiederkehrend-monothematisch/einmalig-monothematisch) regulär möglich sind. Tatsächliche Anwendung fanden Urabstimmungen bisher jedoch nur bei vier Kreisverbänden in Form „regelmäßiger“

Urwahlen zur Besetzung von Ämtern auf Kreisebene sowie zur Aufstellung von Landtagskandidaten und/oder Bundestagskandidaten.

Arbeitskreise

Zudem gibt es bei einigen Verbänden die Möglichkeit, in offenen Arbeitskreisen mitzuarbeiten und in diesem formellen Rahmen mitzuentcheiden. Mindestens neun Verbände machen gegenwärtig ein solches Angebot (dauerhaft-monothematisch), bei dem es in der Regel darum geht, zu einer bestimmten Thematik zu arbeiten und die Ergebnisse als politischen Input in die Gremien der Partei zu geben. Ihre Ergebnisse erfolgen oft in Form von formellen Beschlüssen. Im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Beteiligungsformaten existieren bei offenen Arbeitskreisen jedoch häufig Unterschiede bezüglich der Exklusivität von Parteimitgliedern. Obwohl mit „offen Arbeitskreisen“ in erster Linie „mitgliederoffen“ gemeint ist, gibt es neben CDU-Verbänden, bei denen lediglich Parteimitglieder mitarbeiten können (z. B. KV-159, KV-124), aber auch Parteigliederungen, die die Arbeitskreise für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern geöffnet haben (z. B. KV-104, KV-133).

Von den 21 befragten Verbänden nutzen oder haben in den letzten Jahren achtzehn mindestens eines der oben genannten „mitentscheidenden Beteiligungsverfahren“ genutzt.

Dialogische Verfahren

Die überragende Mehrheit der in den Kreisverbänden praktizierten Beteiligungsformate ist den dialogischen Verfahren zuzuordnen. Neben den in Tabelle 1 angeführten Kriterien kommen hier

bei der Auswertung die oben genannten ergänzenden Faktoren besonders zur Geltung: Anzahl unterschiedlicher „Beteiligungskanäle“ (Reichweite des Ansatzes), Intensität und Nachvollziehbarkeit des Verfahrensprozesses (Grad der Einbindung) und die Offenheit des Prozesses gegenüber Nichtmitgliedern (Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern).

Die Zuordnung entsprechend der Typologie reduziert die Fülle der von den Befragten genannten dialogischen Beteiligungsverfahren jedoch deutlich. Beispiele dafür sind diverse Ausprägungen von Regionalkonferenzen, Diskussionsveranstaltungen oder Beteiligungsprozessen bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen, die besonders gerne und sehr häufig genutzt werden. Demgegenüber gibt es aber auch Beispiele für Verfahren, die nur von sehr wenigen oder gar nur einem einzelnen Verband durchgeführt worden sind bzw. regelmäßig durchgeführt werden. Diese werden einzeln berücksichtigt.

Beteiligung bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen: Der „Klassiker“

Zu den mit Sicherheit am häufigsten genutzten Beteiligungsverfahren gehören die unterschiedlichen Beteiligungsprozesse bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen (einmalig-polythematisch/wiederkehrend-polythematisch). Insgesamt haben bisher 13 der befragten Kreisverbände von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, Mitglieder (und zum Teil Nichtmitglieder) unverbindlich an der Gestaltung der Wahlprogramme teilhaben zu lassen. Allerdings lässt sich festhalten, dass es zwischen den Verfahren der unterschiedlichen Verbände teilweise erhebliche Differenzen gibt.

Erstens unterscheiden sich viele Verfahren bezüglich ihrer Reich-

weite: Während der Kreisverband KV-198 beispielsweise einen äußerst breit angelegten Beteiligungsprozess initiierte, bei dem Ideen, Änderungsvorschläge etc. auf einer vom Kreisverband angebotenen Veranstaltung, auf Veranstaltungen der Ortsverbände, über die Stellungnahmen der offenen Arbeitskreise und auf einer Online-Plattform vorgeschlagen und diskutiert werden konnten, nutzten die meisten anderen CDU-Kreisverbände häufig nur einen einzigen „Beteiligungskanal“ (z. B. Online-Plattform, E-Mail, Diskussionsveranstaltungen). Dadurch war die Teilnahme eines Teils der Mitglieder bzw. Bürger erschwert.

Zweitens existieren große Abweichungen beim Grad der Einbindung: Es fanden sich überaus transparente Verfahren, bei denen die Mitglieder sehr viel Einfluss auf die Gestaltung des Wahlprogramms hatten, da sie dieses beispielsweise überwiegend selbst erarbeiten konnten und bei Fragen Rückmeldungen zu den eigenen Ideen und Vorschlägen erhielten (z. B. KV-199). Daneben gab es aber auch eher intransparente Verfahren, bei denen der Einfluss auf die Gestaltung des Programmes schon dadurch begrenzt war, dass ein weitgehend fertiges Programm nur noch diskutiert werden konnte und den Beteiligten eben nicht deutlich gemacht wurde, ob und inwiefern ihre Vorschläge und Anregungen überhaupt noch in das Programm eingearbeitet wurden (z. B. KV-180). Zwischen beiden Polen berichteten die Befragten von einer ganzen Palette ein- und mehrstufiger Verfahrensprozesse, die irgendwo zwischen diesen beiden Beispielen einzuordnen sind.

Drittens sind große Unterschiede bei der Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern aufgefallen: Während bei den Verfahren einiger Kreisverbände Mitglieder und Nichtmitglieder gleichberechtigt mitarbeiten konnten (z. B. KV-134), gibt es Verbände, die ihre Verfahren lediglich für Mitglieder zugänglich machen

(z. B. KV-127). Darüber hinaus existiert bei mehrstufigen Verfahren häufig ein Qualitätsunterschied zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern. So können Nichtmitglieder an vielen Formaten zwar teilnehmen, allerdings nicht mit den gleichen Rechten wie Mitglieder.

Dialogische Regionalveranstaltung: Bürgerforen mit Potential nach oben

Ein neben der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen ebenfalls häufig genutztes Instrument stellen sogenannte Bürgerforen, Diskussionsveranstaltungen, Bürgerdialoge etc. dar, die im Folgenden unter dem Begriff der „dialogischen Regionalveranstaltung“ zusammengefasst werden. Insgesamt sechs Verbände haben Gebrauch von derartigen Veranstaltungsformaten gemacht, wobei in zwei Fällen nicht die Kreisverbände, sondern die jeweiligen Stadt- und Gemeindeverbände die Initiatoren für deren Durchführung waren. Sämtliche von den Interviewten benannten Veranstaltungen finden regelmäßig und zu mehreren unterschiedlichen politischen Themen statt (wiederkehrend-polythematisch). Denkbar wäre jedoch auch die Durchführung von einmalig stattfindenden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (einmalig-polythematisch) oder die regelmäßige bzw. einmalige Durchführung monothematischer Regionalveranstaltungen auf Kreisebene (einmalig-monothematisch/wiederkehrend-monothematisch). Dies wurde offenbar jedoch nicht genutzt.

Obwohl sich die dialogischen Regionalveranstaltungen der sechs Kreisverbände somit hinsichtlich ihrer Regelmäßigkeit und thematischen Vielfalt weitgehend ähneln, unterscheiden sie sich in zwei Faktoren. Erstens können je nach Verband entweder nur Mitglieder (z. B. KV-199) oder aber alle interessierten Bürger (z. B. KV-134) an den Veranstaltungen teilnehmen. Zweitens exis-

tieren deutliche Differenzen beim Grad der Einbindung. Während bei einigen Verbänden gute Ideen, Anregungen und Diskussionsbeiträge in der Regel Eingang in die Politik finden (z. B. KV-134), ist das bei anderen Verbänden in weitaus geringerem Umfang der Fall wie im KV-133. Insbesondere im letztgenannten Fall handelt es sich um ein Verfahren, das aufgrund seiner äußerst geringen dialogischen Wirksamkeit im Grunde an der Schwelle zu den rein konsultativen Verfahren steht.

Individuelle Verfahren

Zusätzlich zu den oben genannten Instrumenten, die meist von mehreren unterschiedlichen Verbänden angewendet werden, existieren einige mehr oder minder einzigartige dialogische Verfahren, die in der Regel von nur einem einzigen der befragten Kreisverbände durchgeführt werden bzw. durchgeführt wurden. So hat der CDU-Kreisverband KV-134 beispielsweise ähnlich den Beteiligungsprozessen an den Kommunalwahlprogrammen **ein Online-Beteiligungsverfahren für die Wahl des Oberbürgermeisters 2011** der Stadt 134 initiiert (einmalig-polythematisch), bei dem Mitglieder und Nichtmitglieder auch über die Programmatik diskutieren konnten, wobei gute Vorschläge berücksichtigt wurden und in das Programm für die Oberbürgermeisterwahl einfließen.

Ein interessantes und unter den befragten Verbänden bislang einzigartiges Verfahren stellt die ebenfalls vom Kreisverband KV-134 betriebene **Einbeziehung von „Sympathisanten“ der CDU in die politische Arbeit und Verantwortung der Partei** dar. Diese Strategie beinhaltet unter anderem die Aufstellung von Nichtmitgliedern als parteilose Kandidaten zu Wahlen oder die Berufung sachkundiger Bürger mit beratender Funktion in die Stadtratsausschüsse (wiederkehrend-monothematisch).

Auf ein ebenfalls sehr interessantes und außergewöhnliches Beteiligungsinstrument hat der Kreisverband KV-156 im Rahmen seines Kreisparteiausschusses im Februar 2014 zurückgegriffen. Auf dieser Veranstaltung, die sowohl für alle Mitglieder als auch für interessierte Bürger offen stand, hielt zunächst der Generalsekretär eine Art Impulsreferat nach der „Pecha-Kucha-Methode“. Dabei musste er zunächst spontan zu zwanzig Bildern sprechen und versuchen, einen politischen Bezug herzustellen. Die aufgelockerte Atmosphäre, die im Zuge dieser Einführung entstanden war, wurde dazu genutzt, im Anschluss vier **„World Cafés“** zu unterschiedlichen Themen durchzuführen (einmalig-polythematisch). Die gesammelten Ergebnisse wurden anschließend vorgestellt und im Nachgang zur Veranstaltung entsprechend überarbeitet, um daraus Anträge zu erarbeiten, die je nach Thematik auf Kreis- oder Landesebene von den jeweiligen Parteitagern behandelt und angenommen wurden. Obwohl dieses Format auf Kreisebene bisher nur einmal zum Einsatz gekommen ist, wurde es bereits von zwei Stadt- und Gemeindeverbänden des Kreises übernommen. Aufgrund der positiven Resonanz und Rückmeldungen bezeichnete der Vertreter des Kreisverbandes KV-156 die wiederholte Durchführung solcher Veranstaltungen als wahrscheinlich und wünschenswert.

Als einziger Verband greift KV-172 mit seiner **„Börse der guten Ideen“** (dauerhaft-polythematisch) auf einen Best-Practice-Ansatz zurück. Im Online-Mitgliederbereich des Kreisverbandes kann jedes Mitglied und jeder Stadt- und Gemeindeverband von Verfahren oder Aktionen berichten, die erfolgreich auf Stadt- oder Gemeindeverbandsebene durchgeführt worden sind. Weiterhin kann jedes Mitglied von seinem Engagement und seiner politischen Arbeit berichten. Ziel dieser Ideenbörse ist der Austausch über gelungene Verfahren und die Vernetzung von Mitgliedern, die sich über Erfahrungen und Empfehlungen austauschen, neue

Anregungen geben, aber auch künftige Aktionen gemeinsam planen können, die sie dann für die Partei umsetzen.

Zuletzt sind an dieser Stelle außerdem die sogenannten **Fachgespräche** (wiederkehrend-monothematisch) zu nennen, die der Kreisverband KV-188 seit 2013 mit wechselnden Interessensgruppen führt. Bei diesen Gesprächen, die je nach Zielgruppe zum Teil auch mitgliederoffen sind, werden Diskussionen zu einem bestimmten Thema (z. B. Sportpolitik) geführt. Die Besonderheit dieses Verfahrens liegt darin begründet, dass es in erster Linie nicht um einen dialogischen Austausch mit den Parteimitgliedern, sondern hauptsächlich um die Diskussion mit bestimmten Interessensgruppen geht. Die Idee, solche Veranstaltungen aber zum Teil auch für Mitglieder zu öffnen, resultiert einerseits aus der Überlegung, die Expertise aus der Parteibasis zu bestimmten Themen stärker bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen und interessierten Mitgliedern andererseits die generelle Möglichkeit einzuräumen, sich innerhalb der Partei stärker mit bestimmten politischen Themen auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse der Debatten (an denen sich zum Teil auch Mitglieder beteiligen können), gute Anregungen und Ideen fließen in die Politik der Partei ein.

Von den 21 befragten Verbänden nutzen oder haben in den letzten Jahren 16 mindestens eines der oben genannten „dialogischen“ Beteiligungsverfahren genutzt.

Konsultative Verfahren

Ebenso wie die dialogischen Formate lassen sich auch die vielfältigen informativen und konsultativen Verfahren unter bestimmten Oberbegriffen zusammenfassen. Auch hier machen die oben

genannten Faktoren Reichweite des Ansatzes, Grad der Einbindung und Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern oft den Unterschied.

Informationsveranstaltungen

Eines der klassischen und am häufigsten genutzten informativen Verfahren stellen unterschiedliche Formen von Diskussions- oder ähnlichen Veranstaltungen dar, die hier unter dem Begriff der **Informationsveranstaltungen** subsumiert werden. Wie viele der befragten Verbände solche Instrumente genau nutzen, konnte während der Befragung nicht exakt ermittelt werden. Es ist zu vermuten, dass derartige Verfahren in der Regel zum Standardrepertoire der Kreisverbände gehören. Mindestens von vier der befragten Verbände ist jedoch bekannt, dass sie derartige Verfahren anwenden. Obwohl die Beispiele der Befragung zeigen, dass es sowohl einmalig (z. B. KV-116) als auch regelmäßig (z. B. KV-159, KV-119) stattfindende informative Regionalveranstaltungen gibt (einmalig-polythematisch/wiederkehrend-polythematisch), bei denen es in der Regel um mehrere unterschiedliche Themen geht, ist es durchaus denkbar, dass solche Veranstaltungen auch zu einem einzigen Thema stattfinden könnten (einmalig-monothematisch/wiederkehrend-monothematisch). Je nach Verband und Veranstaltungsformat sind Informationsveranstaltungen entweder nur für Mitglieder (z. B. KV-119) oder aber für alle interessierten Bürger (z. B. KV-104) zugänglich.

Ein den Informationsveranstaltungen ähnliches Instrument wird regelmäßig vom Kreisverband KV-156 angewendet. Unter dem Stichwort „**jährliche Promibesuche**“ (wiederkehrend-polythematisch) werden seit 2012 jedes Jahr private Treffen mit Funktionsträgern wie Staatssekretären, Ministern o. Ä. organisiert. Jedes Mitglied kann bei einer solchen Veranstaltung, die prin-

zipiell einer Freizeitgestaltung (beispielsweise ein gemeinsames Frühstück) gleichkommt, teilnehmen und mit einem Funktionär über Politik, aber auch über private Dinge diskutieren. Der Zweck eines solchen Formates liegt vor allem darin, es den Mitgliedern zu ermöglichen, einen Politiker hautnah zu erleben und darüber hinaus den Austausch politischer Informationen und Meinungen zwischen der Parteibasis und mittleren bzw. höheren Funktionseliten zu fördern. Damit weist dieses Verfahren durchaus Ähnlichkeiten mit den „NEOS@home“-Veranstaltungen der österreichischen liberalen Partei NEOS auf. Nach diesem Modell lädt ein Interessent Freunde und Bekannte zu sich nach Hause ein, die dann von einem NEOS-Botschafter besucht werden.¹ Allerdings stehen diese Veranstaltungen prinzipiell allen interessierten Bürgern offen, während sich das Modell im Kreisverband KV-156 auf die Parteimitglieder beschränkt.

Umfragen

Von einigen Kreisverbänden ebenfalls gerne genutzt werden Mitglieder- oder Bürgerumfragen, die – anders als bei den satzungsmäßigen Mitgliederbefragungen, von deren Ergebnis faktisch eine mehr oder minder starke politische Bindungswirkung ausgeht – eine rein konsultative Funktion erfüllen. Insgesamt haben fünf Verbände Gebrauch von informellen Mitglieder- oder Bürgerumfragen gemacht, wohingegen satzungsmäßige Mitgliederbefragungen weitgehend ungenutzt bleiben, obwohl ihre Durchführung laut den Satzungen vieler Kreisverbände möglich wäre. In der Regel handelt es sich bei Mitgliederumfragen um einmalige Aktionen, die sowohl mehrere (z. B. KV-104, KV-191) als auch einzelne Themen (z. B. KV-172) zum Gegenstand haben können (einmalig-polythematisch/einmalig-monothematisch). Dennoch wäre auch eine regelmäßige Durchführung solcher Umfragen zur ständigen Generierung von Meinungs- und Stimmungsbildern

zu einem oder mehreren unterschiedlichen Themen durchaus denkbar (wiederkehrend-polythematisch/wiederkehrend-monothematisch).

Je nach Verband und Thematik unterscheiden sich solche Umfragen außerdem hinsichtlich der Beteiligung von Nichtmitgliedern als auch der Reichweite ihres Ansatzes. Während in einem Fall aufgrund einer Angelegenheit, die die Bewohner des gesamten Landkreises betraf, eine Bürgerumfrage (KV-172) durchgeführt wurde, an der sich alle Interessierten beteiligen konnten, waren die Thematiken der anderen Fälle ausschließlich auf Parteimitglieder ausgerichtet (z. B. KV-191), so dass dementsprechend nur Mitglieder an den Umfragen teilnehmen konnten. Meistens wurde bei der Durchführung der Umfragen nur ein Beteiligungskanal genutzt. Lediglich der Kreisverband KV-147 hat mit der Versendung von Fragebögen mit der Bitte um Rücksendung und mehreren mitgliederoffenen Diskussionsveranstaltungen für Funktionäre auf der Ebene der Stadt- und Gemeindeverbände für eine entsprechend größere Reichweite des Ansatzes gesorgt, als es beispielsweise durch reine E-Mail- oder Online-Umfragen (z. B. KV-104, KV-172) möglich ist.

Eine besondere Form der Umfrage wurde vom Verband KV-134 angewendet. Im Gegensatz zu den oben genannten Verfahren, bei denen das Thema bzw. die Themen der Umfragen bereits feststanden, konnten sich die Mitglieder des KV-134 bei der sogenannten **„Postkartenaktion“** per Postkarte frei dazu äußern, welche politischen Themen ihnen am wichtigsten sind und warum das der Fall ist.

Von den 21 befragten Verbänden nutzen oder haben in den letzten Jahren mindestens neun eines oder mehrere der oben genannten „konsultativen“ Beteiligungsverfahren genutzt. Allerdings muss

an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Nutzung konsultativer Verfahren bei den teilstrukturierten Telefoninterviews nicht in der gesamten Breite des Spektrums abgefragt wurde, so dass es wahrscheinlich ist, dass weitaus mehr als nur neun Kreisverbände auf solche oder ähnliche Instrumente zurückgreifen oder in den letzten Jahren zurückgegriffen haben.

Eine Übersicht aller in Kapitel 4 vorgestellten Verfahren bietet Tabelle 2.

¹ Vgl. Fislage, Franziska: NEOS – Neues Österreich und Liberales Forum. Eine „postideologische Zentrumspartei“. – Berlin: KAS, 2014. – S. 8. – (Informationen & Recherchen).

Tabelle 2: **Praktizierte Beteiligungsverfahren**

Dialogisch

Polythematisch
einmalig

- Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen
- Online-Beteiligungsverfahren bei der Wahl des Oberbürgermeisters
- „World Cafés“ auf Kreisparteiausschuss

Polythematisch
wiederkehrend/
dauerhaft

- Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen
- „Börse der guten Ideen“
- Dialogische Regionalveranstaltungen

Monothematisch
einmalig

Monothematisch
wiederkehrend/
dauerhaft

- Mitgliederoffene Fachgespräche mit Interessenverbänden
- Einbeziehung von Sympathisanten in die politische Arbeit und Verantwortung der CDU

Mitentscheidend

- Mitgliederparteitage
- Mitgliederbefragungen
- Mitgliederparteitage
- Mitgliederbefragungen
- Offene Arbeitskreise

Konsultativ

- Mitglieder- und Bürgerumfragen
- Informative Regionalveranstaltungen
- „Jährliche Promibesuche“
- Informative Regionalveranstaltungen
- Mitglieder- und Bürgerumfragen
- „Postkartenaktion“

Bewertung

Als Ergebnis der teilstrukturierten Telefoninterviews lässt sich festhalten, dass die meisten der befragten Kreisverbände ein zunehmendes Interesse an der Beteiligung von Mitgliedern (und Nichtmitgliedern) an politischen Prozessen oder Entscheidungen haben. Insbesondere in den letzten Jahren wurden von vielen Kreisverbänden neue Instrumente geschaffen und in der Praxis erprobt, was zu einer deutlichen Verbreiterung des Partizipationsangebotes für Mitglieder und interessierte Bürger führte.

Dominanz unverbindlicher dialogischer Verfahren

Wie in den vorigen Kapiteln beschrieben, handelt es sich bei den Mitmachangeboten der Verbände hauptsächlich um eine Vielzahl unterschiedlicher Verfahren, die sich den drei Hauptkategorien „mitentscheidende“, „dialogische“ und „konsultative Verfahren“ zuordnen lassen.

Von vielen Kreisverbänden besonders gern genutzte Instrumente sind die dialogischen Verfahren, bei denen Mitglieder (und Nichtmitglieder) mitarbeiten können, ohne die Gewissheit zu haben, dass ihre Ergebnisse, Kommentare, Anregungen, Ideen oder Empfehlungen am Ende in verbindliche Entscheidungen der Partei einfließen. Dies deckt sich auch mit der Einschätzung der Parteienforschung, die ein Bemühen der Parteien um eine Ausweitung der unverbindlichen Beteiligungsmöglichkeiten bei gleichzeitigem Festhalten an den traditionellen formalen Entscheidungsprozessen konstatiert.¹

Bei der Differenzierung dieser Verfahren in die vier Unterkategorien fällt auf, dass – mit Ausnahme von einmalig stattfindenden monothematischen Angeboten, bei denen sicherlich noch Nachholbedarf besteht – pro Unterkategorie bei den dialogischen Verfahren mit mindestens zwei unterschiedlichen Instrumenten je Kategorie eine gewisse Vielzahl an Angeboten besteht (siehe Tabelle 2). Ob und inwiefern aber die dialogischen Beteiligungsformate einer bestimmten Unterkategorie bei den Parteimitgliedern (und Nichtmitgliedern) beliebter sind als die einer anderen oder ob generell bestimmte Instrumente einen größeren Zuspruch erhalten als andere, lässt sich jedoch nicht einfach pauschal beantworten. Zum einen existieren Formate, die bisher erst von einem einzigen Verband angewendet wurden und sich daher schwer in Relation zu gängigen und häufiger verwendeten

Formaten setzen lassen. Zum anderen kann auch über bereits mehrfach und von unterschiedlichen Verbänden angewendete Verfahren kein abschließendes Urteil abgegeben werden, da die Resonanz bei den Mitgliedern (und Nichtmitgliedern) von Fall zu Fall stark variiert.

Offenheit und Feedback zur Mitwirkung kommen gut an

Auf drei Faktoren, die den Befragungsergebnissen zufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit einen gewissen Einfluss auf die Resonanz der einzelnen Beteiligungsverfahren haben könnten, ist in den vorigen Kapiteln bereits verwiesen worden: Die Anzahl unterschiedlicher Beteiligungskanäle, die für ein Verfahren genutzt werden (Reichweite des Ansatzes), die Intensität und Nachvollziehbarkeit des Verfahrensprozesses (Grad der Einbindung) und die Offenheit des Prozesses gegenüber Nichtmitgliedern (Frage der Exklusivität von Parteimitgliedern). Insbesondere sowohl ein hoher Grad an Einbindung als auch eine hohe Reichweite scheinen eine positive Wirkung auf die Resonanz bestimmter Verfahren zu haben. So hat es beispielsweise nach Aussage des Kreisgeschäftsführers des CDU-Verbandes KV-199 sehr viel Lob, überaus positive Resonanz und eine hohe Mitmachquote für die intensive Einbindung bei der sehr transparenten Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms 2014 gegeben. Alle Vorschläge und Ideen der Mitglieder wurden (im Rahmen des Möglichen) berücksichtigt und in das Wahlprogramm eingeflochten. Bei Nachfragen, wo die eigenen Ideen und Anmerkungen sich im Programm finden ließen, hat außerdem jeder eine Rückmeldung von der Kreispartei erhalten, was von den Beteiligten ebenfalls äußerst positiv wahrgenommen wurde.

Einen ebenso recht transparenten und intensiven Beteiligungsprozess, bei dem außerdem auf mehrere unterschiedliche Beteili-

gungskanäle zurückgegriffen wurde, stellte die mehrstufige Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms des KV-198 (2014) dar. In mehreren Schritten konnten Mitglieder und Nichtmitglieder auf einer Online-Plattform und einer vom Kreisverband durchgeführten Veranstaltung über einen ersten Programmentwurf diskutieren und dort Änderungsanträge und Ideen einbringen. Zusätzlich hatten die Mitglieder die Möglichkeit, an Veranstaltungen ihrer jeweiligen Ortsverbände teilzunehmen und eigene Vorschläge in die Stellungnahme der Ortsverbände zum Programmentwurf einfließen zu lassen. Außerdem konnten sie, sofern sie in einem der mitgliederoffenen Kreisfachausschüsse mitgearbeitet haben, über deren Stellungnahme Einfluss auf den Programmentwurf nehmen. Zuletzt konnten alle Mitglieder auf dem im Anschluss stattfindenden Mitgliederparteitag über eine Reihe von Änderungsanträgen entscheiden, bevor sie über den Programmentwurf endgültig abstimmen durften. Auch bei diesem Prozess erhielten alle Teilnehmer eine Rückmeldung darüber, ob ihre Vorschläge in das Programm aufgenommen wurden. Wurden einzelne Vorschläge abgelehnt, erhielten die Betroffenen eine entsprechende Begründung. Nach Aussage des Kreisgeschäftsführers des CDU-Verbandes KV-198, wurde dieses Verfahren sowohl von den Mitgliedern als auch von der Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen. Der Kreisverband habe ausschließlich positives Feedback erhalten, es habe eine recht hohe Beteiligungsrate unter den Mitgliedern und eine sehr positive mediale Berichterstattung gegeben.

Ähnlich verhielt es sich auch mit den vom Kreisverband KV-156 im Jahr 2014 veranstalteten „World Cafés“, die im Rahmen des Kreisparteiausschusses durchgeführt wurden. Obwohl diese Form der Veranstaltung zwar lediglich die Nutzung eines Beteiligungskanals (klassische Teilnahme an den World Cafés) vorsah, war nach Ansicht der Kreisgeschäftsführerin des Verbandes KV-156

dieses Format u.a. deshalb so erfolgreich, weil die erarbeiteten Ergebnisse auf einem transparenten Weg zu politischen Anträgen verarbeitet wurden, die dann wiederum durch die Verabschiedung auf Kreis- oder Landesparteitagen Eingang in die Politik fanden.

Im Gegensatz zu solch positiven Beispielen gibt es aber auch zahlreiche Verbände, die Verfahren gewählt haben, die erstens eher intransparent und mit nur geringen Möglichkeiten echter Einflussnahme für Mitglieder (und Nichtmitglieder) ausgestaltet wurden und bei denen zweitens nur auf einen einzigen Beteiligungskanal zurückgegriffen wurde. Das Interesse vieler Mitglieder (und Nichtmitglieder), an einem solchen Format teilzunehmen, und die Anzahl positiver Rückmeldungen ist in vielen solcher Fällen entsprechend geringer.

Die Befragung bestätigt damit die Position, dass die Beteiligten den Eindruck gewinnen müssen, dass ihr Einsatz etwas bewirkt und der Sache dient.² Bleibt eine Resonanz durch die Partei aus oder sind die Verfahren zu unüberschaubar, steigert dies eher den Frust der Beteiligten, die sich im Zweifelsfall beim nächsten Mal nicht wieder engagieren.

Aus diesem Grund ist es den Kreisverbänden bei der Anwendung dialogischer Verfahren generell zu empfehlen, je nach Projekt oder Format erstens zu prüfen, wie sie dieses möglichst transparent, beteiligungsintensiv und für die Mitglieder (und Nichtmitglieder) nachvollziehbar gestalten können. Zweitens sollte nach Möglichkeit die Reichweite des Ansatzes durch Verwendung mehrerer Beteiligungskanäle erhöht werden. Das bedeutet, dass zum Beispiel reine Online-Formate durch „Offline-Veranstaltungen“ oder ähnliche Kanäle ergänzt werden sollten, um möglichst allen Kreisparteimitgliedern eine potenzielle Beteiligung an den

jeweiligen Verfahren zu gewährleisten. Drittens ist zumindest eine teilweise Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die jeweiligen Formate zu erwägen.

Allerdings reicht die Einbeziehung der oben genannten Faktoren nicht immer aus, um einwandfrei erklären zu können, warum beispielsweise die Erarbeitung des Kommunalwahlprogrammes oder die Durchführung von Regionalveranstaltungen in einem bestimmten Kreisverband besser angenommen wird als in einem anderen. Auch die Altersstruktur der Kreisparteimitglieder und der Kreisbevölkerung, die Größe des Kreises, seine soziale Zusammensetzung, die Frage, ob es sich um einen eher ländlich oder eher städtisch geprägten Kreis handelt, der Grad flächen-deckender Versorgung mit dem Internet, das generelle Interesse an den zu behandelnden Themen und zahlreiche weitere Faktoren müssen bei zukünftigen Studien ebenfalls Berücksichtigung finden.

Kommunikative Schwächen

Besonders wichtig erscheint die Kommunikation der Kreisverbände mit ihren Mitgliedern und Bürgern, wenn es um deren Einbindung im Rahmen bestimmter Beteiligungsverfahren geht. Zwar lässt sich von außen betrachtet die kommunikative Arbeit der einzelnen Verbände nur schlecht nachvollziehen, geschweige denn beurteilen, allerdings sei darauf hingewiesen, dass viele Kreisverbände auf ihren häufig sehr unübersichtlichen Internetseiten nur unzureichend, manchmal auch überhaupt nicht auf bestehende Mitmachangebote hinweisen. Hier besteht mit Sicherheit noch großer Verbesserungsbedarf, um dialogische Partizipationsangebote künftig noch attraktiver zu machen. Gleichzeitig erscheint es wichtig, zu jedem Mitmachangebot eine kurze und verständliche Anleitung zu liefern, was überhaupt gemacht

wird, wie der Ablauf des Prozesses sein soll, inwiefern Parteimitglieder und interessierte Bürger sich einbringen können und wie gegebenenfalls die Nutzung angebotener Online-Plattformen funktioniert.

Ähnliches gilt zum Teil auch für konsultative Verfahren. Insbesondere bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen spielt die Kommunikation die wohl wichtigste Rolle. In jedem Fall sollten die Mitglieder (und Nichtmitglieder) kurz und verständlich über den Zweck der Veranstaltung, Abläufe sowie Teilnahme- und Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden. Bei Verfahren wie beispielweise Mitglieder- oder Bürgerumfragen ist darüber hinaus ebenso wie bei dialogischen Verfahren auch die Nutzung mehrerer Beteiligungskanäle von Vorteil. Auch ein transparenter Umgang mit den Ergebnissen, der sich beispielsweise in politischen Initiativen äußert, die auf die Umsetzung der Umfrageergebnisse oder die Verbesserung der politischen Situation in ihrem Sinne zielen, könnte positive Auswirkungen auf die Wahrnehmung und die Resonanz der Mitglieder (und Nichtmitglieder) haben.

Gut aufgestellt bei konsultativen Verfahren

Abgesehen von den oben genannten kommunikativen Schwächen scheinen – mit Ausnahme von monothematisch-wiederkehrenden Formaten – die befragten CDU-Kreisverbände im Bereich der konsultativen Verfahren ähnlich wie bei den dialogischen Verfahren in der Breite insgesamt gut aufgestellt zu sein. Das Gesamtrepertoire erstreckt sich auf jeweils zwei unterschiedliche Verfahren je Unterkategorie. Darüber hinaus ist zu vermuten, dass vor allem Informationsveranstaltungen von weit mehr Verbänden praktiziert werden als bisher erfasst wurde. Verbesserungsbe-

darf besteht allerdings noch bei der Verankerung und Nutzung satzungsmäßiger Mitgliederbefragungen. Laut Satzungen vieler Kreisverbände ist die Durchführung solcher Mitgliederbefragungen, denen gewissermaßen eine politische Bindungswirkung (allerdings keine rechtliche) zukommt, nicht vorgesehen. Aber gerade die Tatsache, dass das Ergebnis einer solchen Befragung eine politische Bindungswirkung entfaltet, macht sie zu einem interessanten Beteiligungsinstrument, das besonders medien- und öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden könnte.

Mitentscheidende Verfahren ausbaufähig

Weniger gut aufgestellt scheinen die Kreisverbände hingegen im Bereich der mitentscheidenden Beteiligungsverfahren zu sein. Obwohl insgesamt 18 der 21 befragten Verbände mindestens eines dieser Instrumente nutzen oder in den letzten Jahren genutzt haben und die Formate sich auf drei von vier Unterkategorien (lediglich einmalig-polythematische Verfahren hat es nicht gegeben) aufteilen lassen, besteht in diesem Bereich noch Verbesserungsbedarf.

Mitentscheidung hauptsächlich durch Mitgliederpartei-tage auf Kreisebene

Der Eindruck, dass mitentscheidende Verfahren den größten Anteil unter den Partizipationsansätzen der Kreisverbände einnehmen, täuscht. Dies erklärt sich in erster Linie dadurch, dass die Mehrheit der befragten Verbände ihre Parteitage als Mitgliederversammlungen abhält. Für die Kreisverbände ist dies ein relativ unproblematisches Beteiligungsverfahren, denn Kreisparteitage in Form von Mitgliederversammlungen drängen sich vor allem eher kleineren und relativ mitgliederschwachen Kreisver-

bänden geradezu auf. Das Delegationsprinzip ist hier organisatorisch nicht zwingend nötig, wohingegen es für großflächige und mitgliederstarke Verbände aufgrund der starken Verzerrungen bei der Repräsentativität wohl unverzichtbar scheint.

Die Befragten machten darüber hinaus deutlich, dass die meisten Verbände mit Mitgliederparteitagen eher ernüchternde Erfahrungen sammelten. Beklagt wurde, dass das Interesse bei der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder, an Parteitagen teilzunehmen, eher gering sei. Dies spricht dafür, dass die Mitglieder bereits bei der Einladung zum Mitgliederparteitag verstärkt darauf hingewiesen werden sollten, welche Mitwirkungsmöglichkeiten den einzelnen Parteimitgliedern dort zukommen.

Arbeitskreise müssen innovativer werden

Noch niedriger ist die Resonanz in vielen Fällen bei der Mitarbeit in offenen Facharbeitskreisen oder Kreisfachausschüssen. Das könnte zum einen sicherlich daran liegen, dass in vielen Verbänden die thematische Arbeit in den Arbeitskreisen noch ausbaufähig ist und zum anderen die Möglichkeit der Mitarbeit in solchen Gremien häufig nicht explizit oder offensiv genug beworben wird. Auch die Tatsache, dass die Beschlüsse der Arbeitskreise, die als „beratende Expertengremien“ der Partei fungieren, zum Teil wirkungslos bleiben oder die Arbeitskreise generell nicht stark genug in die politische Arbeit und bei Entscheidungen einbezogen werden, könnte die bisher insgesamt geringe Resonanz erklären.

Offenheit gegenüber Mitgliederentscheiden

Darüber hinaus finden Mitgliederentscheide, die für viele als eines der Hauptinstrumente formeller Mitbestimmung gelten, nur

äußerst selten statt. Bei der überwiegenden Anzahl der befragten Kreisverbände ist eine Nutzung laut Satzung nicht einmal vorgesehen. Insgesamt führten in den letzten Jahren lediglich die Verbände KV-172, KV-104, KV-147 und KV-156 Mitgliederentscheide in Form von Urwahlen für Landtagskandidaten, Bundestagskandidaten oder die Besetzung von Funktionen auf Kreisebene durch.

Um sich also künftig bei den mitentscheidenden Verfahren noch besser aufzustellen und eine größere Resonanz bei den Mitgliedern zu erwirken, kann den meisten Kreisverbänden empfohlen werden, erstens ihre Kommunikation und Werbung für die vorhandenen Verfahren zu intensivieren und zweitens die Palette von Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Aufnahme von Mitgliederentscheiden in die eigene Satzung zu verbreitern.

Durch die Einführung von Mitgliederentscheiden könnten die meisten Kreisverbände außerdem ein zusätzliches Verfahren anbieten, so dass die Kategorie mitentscheidender Verfahren insgesamt wesentlich gestärkt werden würde. Die Sorge und Bedenken, dass dieses Instrument durch seine ständige Initiierung von der Basis missbraucht werden und es darüber hinaus häufig zu von der politischen Spitze ungewollten Mitgliederentscheidungen kommen könnte, wurden von den Befragten weitgehend nicht geteilt. Zum einen kann einer willkürlichen Anwendung durch einige sehr wenige Mitglieder mittels Einführung eines entsprechenden Quorums vorgebeugt werden, und zum anderen zeigen die wenigen Beispiele von Mitgliederentscheiden auf Landes- und Bundesebene aller Parteien, dass es sich bei Mitgliederentscheiden um ein politisch weit weniger problematisches Instrument handelt, als häufig angenommen wird. Nur der Mitgliederentscheid der FDP zum ESM wurde zu einer politisch äußerst brisanten Frage abgehalten.

Öffnung der Beteiligungsverfahren für Nichtmitglieder

In den letzten Jahren zunehmend häufiger diskutiert wurde die Einbeziehung von Nichtmitgliedern an Beteiligungsverfahren der Parteien. Bei der Befragung fiel auf, dass der Großteil der Kreisverbände grundsätzlich eine solche Öffnung befürwortet, ohne allerdings Nichtmitgliedern vollkommen gleiche Rechte wie Mitgliedern einräumen zu wollen. Kein befragter Vertreter eines Kreisverbandes war beispielsweise der Auffassung, dass Nichtmitglieder an mitentscheidenden Verfahren wie Parteitag oder Parteientscheiden beteiligt werden sollten. Lediglich bei den für die Partei weniger bedeutenden Arbeitskreisen konnten sich einige Verbände künftig eine Öffnung für interessierte Bürger vorstellen, sofern sie dies nicht ohnehin schon praktizieren. Der Schwerpunkt einer stärkeren Einbeziehung solle demnach vor allem bei dialogischen und konsultativen Verfahren liegen. Allerdings müsse hier je nach Thematik und Beteiligungsformat entschieden werden, ob und inwiefern eine Einbeziehung von Nichtmitgliedern tatsächlich Sinn habe, so der Tenor der Kreisverbände.

Fast sämtliche Vertreter der Kreisverbände waren der Auffassung, dass die Mitwirkung an Entscheidungen, die lediglich innerparteiliche Auswirkungen hätten, hauptsächlich Parteimitgliedern überlassen werden sollte, wohingegen fast die Hälfte der Verbände bei Themen, die beispielsweise die Kreispolitik betreffen, sich vorstellen konnte, auch interessierte Bürger zu beteiligen.

Insbesondere bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen haben einige Kreisverbände Nichtmitglieder in den letzten Jahren bereits stärker einbezogen. Es existieren sowohl Beispiele, bei denen alle Teilnehmer gleichberechtigt am Programm mitarbeiten konnten als auch solche, bei denen nach wie vor

Wert darauf gelegt wird, den Mitgliedern mehr Rechte als den Nichtmitgliedern einzuräumen. Weiterhin haben in den vergangenen Jahren außerdem dialogische Regionalveranstaltungen, Informationsveranstaltungen und im Verband KV-172 sogar eine Bürgerumfrage zu einem kreispolitischen Thema stattgefunden, die komplett offen für interessierte Nichtmitglieder waren.

Mehr Partizipation, mehr Mitglieder?

Inwiefern eine qualitative Verbesserung der oben genannten Verfahren oder eine quantitative Verbreiterung des bestehenden Angebotes zu einer Umkehr (bzw. zu einer Abschwächung) des fast überall gegenwärtigen Mitgliederschwundes und entsprechend zur Stärkung der Mitgliederpartei führen würde und ob Beteiligungsangebote und Mitgliederentwicklung überhaupt unmittelbar miteinander in Relation stehen, konnte im Verlauf der Befragung empirisch nicht nachgewiesen werden. Es zeigte sich, dass die Gründe für Mitgliedersteigerungen und Mitgliederverluste innerhalb von Parteien und Parteigliederungen äußerst vielfältig sind, so dass sie allein durch die Auswertung und Bewertung von Beteiligungsverfahren nicht annähernd ausreichend erklärt werden können. Nach Einschätzung der Mehrheit der 21 befragten Kreisverbände ist es eher unwahrscheinlich, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Beteiligungsmöglichkeiten und Mitgliederentwicklung gibt. Ihrer Ansicht nach spielen wahrscheinlich andere Faktoren eine wichtigere Rolle. Lediglich ein Drittel der befragten Kreisverbände geht davon aus, dass ein gutes Beteiligungsangebot entweder zu einer erhöhten Anzahl an Neumitgliedern führt oder aber eine gewisse Bindungswirkung und Akzeptanz generiert, die zu insgesamt weniger Parteiaustritten führen. Fast vollkommen einig waren sich die meisten der befragten Kreisverbände hingegen, als es um die Frage nach der

generellen Bedeutung von Beteiligungsverfahren ging. So hätten Angebote zur Mitgliederbeteiligung einen insgesamt positiven Einfluss auf die Zufriedenheit der Mitglieder, da diese sich ernstgenommen fühlen würden und beteiligungswilligen Mitgliedern eine Plattform für aktive Mitarbeit in der Partei angeboten würde.

Neben dem Stellenwert unterschiedlicher Formen und Ausprägungen von Beteiligungsansätzen wiesen insbesondere die Verbände KV-191, KV-156, KV-147 und KV-150 auf die Bedeutung des persönlichen Kontaktes zu Mitgliedern und Bürgern und auf eine ausgeprägte Netzwerkbildung hin. Vor allem die Geschäftsführerin des CDU-Verbandes KV-191 berichtete von der hohen Aktivität der Ortsverbände ihres Kreises bei der Organisation und Durchführung bürgeroffener gesellschaftlicher Veranstaltungen, bei denen es im Zuge der gelegentlichen Anwesenheit von Landtags- und Bundestagsabgeordneten und der Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens der Mitglieder untereinander erstens zu einer umfangreichen Netzwerkbildung und zweitens häufig zum Eintritt von Neumitgliedern kommt.

Denselben Zweck verfolgt der Kreisverband KV-156, der mit Aktionen wie dem „Tag des Ehrenamtes“, der „Partybustour“ oder mit Veranstaltungen wie „Kekse backen für einen guten Zweck“ auf sich aufmerksam macht und damit zugleich den direkten Kontakt zu den Bürgern stärken will.

Aber auch klassische Formen der Mitgliederanwerbung wie die direkte Ansprache durch den Ortsverband spielen laut Erfahrung vieler Kreisverbände eine überaus wichtige Rolle für die Mitgliederentwicklung. So gab es beispielsweise im Ortsverband OV-139 (Gliederung des KV-104) einen Fall, bei dem ein sehr aktives Parteimitglied im Jahr 2010 durch die direkte Ansprache der Bürger im Alleingang ca. 180 Neumitglieder geworben hat

und auch in den Folgejahren im Zuge seiner Aktivität maßgeblich mitverantwortlich für zahlreiche Neueintritte gewesen war. Eine solch aktive Mitgliederwerbung scheint auf Ortsverbandsebene aber nicht die Regel zu sein. Viele Kreisverbände, die in der Mitgliederwerbung durch direkte Ansprache ein großes Potential sehen, wiesen darauf hin, dass die Aktivität vieler Stadt- und Gemeindeverbände diesbezüglich meist recht überschaubar sei und häufig nur in Zeiten bevorstehender Wahlen und im Vorfeld der Aufstellung von Kandidaten vorübergehend etwas ansteige.

Engagement außerhalb der Partei

Zuletzt muss auch die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch die jeweiligen CDU-Kreisverbände als ein wichtiger Faktor für die Gewinnung von Neumitgliedern und die gesellschaftliche Verankerung der Partei genannt werden. Ohne Ausnahme waren sämtliche befragten Kreisverbandsvertreter der Meinung, dass bürgerschaftliches Engagement von Parteimitgliedern (und Nichtmitgliedern) zu unterstützen sei, sofern es den Werten und Zielen der CDU nicht widerspricht. Die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements führe bei Teilen der Bevölkerung in der Regel zu einer Imageverbesserung und daher häufig auch zu Neueintritten in die Partei. Mehr als die Hälfte der Verbände konnte auf konkrete Beispiele verweisen, bei denen Bürgerinitiativen o.Ä. unterstützt wurden. In einigen dieser Fälle war dies nachweislich der Grund für Neueintritte in die Partei.

Alles in allem spielen somit für die Gewinnung von Neumitgliedern weit mehr Faktoren als lediglich gute Beteiligungsmöglichkeiten eine Rolle. Entsprechend ist es den unteren Parteigliederungen zu empfehlen, neben der Optimierung ihrer Partizipationsansätze auch eine intensivere Mitgliederwerbung zu betreiben, durch

eine Vielzahl gesellschaftlicher Aktivitäten (auch mit Landes- und Bundespolitikern) den Aufbau von Netzwerken und das gegenseitige Kennenlernen von Mitgliedern zu erleichtern, eine verbesserte Neumitgliederbetreuung anzubieten und die aktive Unterstützung für bürgerschaftliche Initiativen weiter zu intensivieren.

¹ Vgl. u.a. Jun, Uwe: *Organisationsreform der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren*. In: Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. – Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 2009. – S. 198-199 und Wiesendahl, Elmar: *Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien*. In: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. – Wiesbaden: Springer VS, 2012. – S. 121-157.

² Vgl. Renn, Ortwin: *Partizipation bei öffentlichen Planungen. Möglichkeiten, Grenzen, Reformbedarf*. In: Keil, Silke I. / Thaidigsmann, S. Isabell (Hrsg.): *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung. Festschrift für Oscar W. Gabriel zum 65. Geburtstag*. – Wiesbaden: Springer VS, 2013. – S. 80, der mit Blick auf das Planungsrecht von „Effizienz“ spricht, sowie Geißel, Brigitte / Roth, Roland / Collet, Stefan / Tillmann, Christina: *Partizipation im Wandel: Wie unsere Demokratie durch neue Verfahren und Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direkter Beteiligung gestärkt werden kann*. In: Bertelsmann Stiftung / Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*. – Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2014. – S. 499.

AUSBLICK

Kreisverbände als Innovationsmotor?

Wie im fünften Kapitel bereits herausgearbeitet wurde, fällt bei genauer Betrachtung des Beteiligungsrepertoires der befragten Kreisverbände auf, dass die große Stärke der Volkspartei CDU in erster Linie im Bereich dialogischer, mit Abstrichen aber auch konsultativer Beteiligungsangebote liegt. Vor allem die große Anzahl unterschiedlicher dialogischer Verfahrenstypen und die Tatsache, dass fast sämtliche der befragten Verbände in den letzten Jahren auf mindestens eines dieser Formate zurückgegriffen haben, zeigt, wie lebendig und vielfältig viele CDU-Kreisverbände das Parteilieben im Bereich unverbindlicher Mitmachangebote tatsächlich gestalten und welch großes Interesse sie daran hegen, Mitglieder und Nichtmitglieder in politische Prozesse miteinzubeziehen.

Im Gegensatz zu diesem positiven Befund bei den dialogischen und konsultativen Verfahren weisen die meisten Verbände jedoch ein Defizit im Bereich der mitentscheidenden Beteiligungsverfahren auf. Während die befragten Kreisverbände bei Parteiversammlungen weitgehend ganz selbstverständlich ohne Delegiertenprinzip auskommen und die CDU hier anscheinend dem Partizipationsanspruch beispielsweise der Grünen Konkurrenz macht, sieht dies bei den Mitgliederabstimmungen zu Personal- und Sachfragen ganz anders aus. Auch die Bedeutung der Mitarbeit in offenen Arbeitskreisen ist zum einen aufgrund ihrer häufig nur unzureichenden Einbeziehung bei Parteientscheidungen, zum anderen wegen der verbesserungswürdigen thematischen Arbeit als eher gering einzustufen. Verstärkt werden diese Mängel im Bereich der mitentscheidenden Verfahren außerdem von zwei generellen Schwächen, die für sämtliche Beteiligungskategorien und -angebote gelten: Einerseits eine meist ungenügende Kommunikation, Bewerbung und Darstellung der einzelnen Verfahren. Andererseits wirkt sich die oft unterdurchschnittliche Qualität der Formate negativ aus. Sie äußert sich insbesondere darin, dass viele Beteiligungsprozesse intransparent und kaum nachvollziehbar sind und die Beteiligten darüber hinaus in den meisten Fällen keine Rückmeldung zu ihren eingebrachten Ideen und Anregungen erhalten.

Insgesamt entsprechen diese Stärken und Schwächen, die sich auf der Kreisverbandsebene feststellen lassen, weitgehend jenen, die die CDU auch auf Bundes- und Landesebene vorzuweisen hat. Während es ähnlich wie in den Kreisverbänden auf der Ebene der Bundespartei und den Landesverbänden eine Vielzahl von dialogischen und konsultativen Beteiligungsverfahren gibt, spielt die Kategorie mitentscheidender Verfahren jedoch eine noch unbedeutendere Rolle als auf Kreisverbandsebene. Insbesondere die Tatsache, dass sowohl der Bundesverband als auch die meisten

Landesverbände gegenwärtig die tatsächliche Anwendung von Mitgliederentscheiden noch nicht verankert haben, sondern lediglich die Möglichkeit von Mitgliederbefragungen einräumen, zeigt die zumindest im Vergleich zu den anderen Parteien vorhandenen Leerstellen der innerparteilichen Demokratie.

Die CDU im Vergleich

Werden für einen direkten Vergleich zwischen den wichtigsten deutschen Parteien nun auch die Beteiligungsformate der Bundes- und Landesverbände von SPD, FDP, AfD, Bündnis 90/ Die Grünen und der Linken in die Betrachtung einbezogen, dann fällt auf, dass die CDU insbesondere bei den dialogischen Verfahren den übrigen Parteien sowohl quantitativ als auch qualitativ nicht im Mindesten nachsteht. Zusätzlich zu Standardverfahren wie die Beteiligungsprozesse zu Bundes- oder Landtagswahlprogrammen (wiederkehrend-polythematisch/einmalig-polythematisch), die von jeder Partei genutzt werden bzw. wurden, und zu diversen Ausprägungen von Zukunftsdialogen, Ideenkonferenzen, Dialogprozessen (einmalig-polythematisch) und dialogischen Regionalkonferenzen (wiederkehrend-polythematisch) hat die CDU in diesem Bereich eine Reihe weiterer Verfahren anzubieten, die sich auf die gesamte kategorische Bandbreite der zu unterscheidenden dialogischen Verfahrenstypen erstreckt.

Zwar dürfte es wahrscheinlich sein, dass viele der in Tabelle 3 nur bei der CDU aufgeführten Instrumente auch noch von anderen Parteien genutzt werden, allerdings scheint es kein besonders innovatives Beteiligungsformat im Bereich der dialogischen Verfahren zu geben, das im Beteiligungsrepertoire der CDU fehlt. Mindestens ebenbürtig ist die CDU auch bei den konsultativen Verfahren aufgestellt (Tabelle 4).

Neben klassischen Informations- und Diskussionsveranstaltungen (einmalig-polythematisch/einmalig-monothematisch), die ebenso wie satzungsgemäße Mitgliederbefragungen (einmalig-monothematisch) zum Standard-repertoire aller bedeutenden Parteien sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene gehören, bietet sie mit Formaten wie zum Beispiel Landesmitgliederversammlungen – deren Beschlüsse empfehlenden Charakter haben –, Live-Videochat-Diskussionen, Online-Abstimmungen und regelmäßigen Mitgliederumfragen (alle wiederkehrend-polythematisch) eine Vielzahl weiterer Verfahren an, deren Anwendung bei den anderen Parteien nicht immer nachgewiesen werden konnte. Besonders innovative Verfahren anderer Parteien, die sich stark von den Formaten der CDU unterscheiden und entsprechend in ihrem Repertoire fehlen, konnten – wie schon auf der dialogischen Beteiligungsebene – aber bei den konsultativen nicht ausgemacht werden.

Anders verhält es sich bei den mitentscheidenden Verfahren. Im Vergleich zu den fünf anderen Parteien schneidet die CDU hier eher unterdurchschnittlich ab (Tabelle 5). Das liegt vor allem daran, dass mit Ausnahme der CDU sämtliche Bundestagsparteien einschließlich der FDP und AfD sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene die Möglichkeit, verbindliche Mitgliederentscheide (einmalig-monothematisch) durchzuführen, satzungsgemäß festgeschrieben haben.¹ Die CDU kennt hingegen lediglich die formell unverbindliche Mitgliederbefragung in Personal- und Sachfragen.² Darüber hinaus gibt es insbesondere bei Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken und der AfD weitere wichtige Beteiligungsangebote. So ist beispielsweise die Durchführung von Parteitagen in einigen Landesverbänden (überwiegend Stadtstaaten) der Grünen und der FDP zur stärkeren Einbeziehung der Parteibasis nicht mehr nach dem Delegiertenprinzip, sondern nach dem Mitgliederprinzip vorgesehen (wiederkeh-

rend-polythematisch). Die AfD hat in der Vergangenheit sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene ihre Parteitage ebenfalls als Mitgliederversammlungen durchgeführt. Da die AfD seit ihrer Gründung jedoch stetig eine Vielzahl neuer Mitglieder aufgenommen hat, ist es denkbar, dass künftige Parteitage auf Bundes- und Landesebene wohl in der Regel als Delegiertenparteitage durchgeführt werden. Dafür spricht auch ein Passus in der Bundessatzung und auch in einigen Landessatzungen (zum Beispiel Schleswig-Holstein), der darauf hinweist, dass ab einer bestimmten Mitgliederzahl Parteitage nicht mehr als Mitgliederversammlungen durchgeführt werden müssen. Darüber hinaus gibt es bei den Grünen und der FDP für Mitglieder die Möglichkeit, gemeinschaftlich Anträge auf Bundesparteitagen (wiederkehrend-polythematisch) zu stellen. Bei der Linken können Mitglieder außerdem innerparteiliche Zusammenschlüsse (dauerhaft-polythematisch) gründen, die ab einer bestimmten Mitgliederzahl als landesweite oder bundesweite Zusammenschlüsse anerkannt und entsprechend in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen einbezogen werden. Die CDU kann ihren Mitgliedern bisher keines dieser Instrumente anbieten. Eine Ausnahme, die es allerdings auch in den anderen Parteien teilweise gibt, besteht auf Landesebene in der Mitarbeit in zum Teil mitglieder- oder bürgeroffenen Landesfachausschüssen (dauerhaft-monothematisch).

Obwohl die CDU bei den mitentscheidenden Verfahren somit insgesamt weniger stark aufgestellt ist als die anderen Parteien, kann die in der Einleitung genannte und von den Medien häufig angeführte These einer partizipationsunfreundlichen CDU insbesondere aufgrund der Vielzahl angebotener dialogischer und konsultativer Beteiligungsverfahren nicht aufrechterhalten werden. Alles in allem scheinen sich außerdem die Partizipationsmöglichkeiten der einzelnen Parteien auf Bundes- und Landesebene

nur geringfügig voneinander zu unterscheiden, so dass es kaum möglich sein dürfte, eine bestimmte Partei als wesentlich „partizipationsfreudiger“ als andere einzustufen.

Empfehlungen

Trotz dieses Befundes lässt sich auf der Bundes- und Landesebene zum Teil wesentlicher Verbesserungsbedarf diagnostizieren: Er bezieht sich bei den dialogischen und konsultativen Verfahren weniger auf die Quantität als vielmehr auf die Qualität und die Außendarstellung. Bei den mitentscheidenden Verfahren könnte darüber hinaus aber auch die Verbreiterung des bestehenden Angebotes durch weitere Formate erwogen werden.

Um die Qualität insbesondere der dialogischen und konsultativen Verfahren dauerhaft zu verbessern, ist zu empfehlen:

- die Intensität der Beteiligung der jeweiligen Prozesse zu erhöhen;
- die Verfahren nachvollziehbarer und transparenter als bisher zu gestalten;
- den Teilnehmern Rückmeldung über die Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung ihrer Vorschläge und Anregungen zu geben;
- wenn möglich gegebenenfalls die Reichweite des Verfahrens durch die Nutzung mehrerer Beteiligungskanäle zu erhöhen;
- je nach Thematik und Entscheidungsreichweite gegebenenfalls Nichtmitglieder an den Formaten zu beteiligen.

Zwar scheint die Berücksichtigung dieser Punkte nicht gleichsam automatisch zu einer Nutzung der Beteiligungsangebote und zu einer höheren Zufriedenheit der Parteimitglieder mit ihrer Partei

zu führen, allerdings hat sich insbesondere auf Kreisverbandsebene (aber auch auf Landesebene) gezeigt, dass Verfahren, die die oben genannten Faktoren berücksichtigen, häufig eine höhere Mitmachquote aufweisen und insgesamt auf eine bessere Resonanz bei den Mitgliedern (und zum Teil Nichtmitgliedern) stoßen.

Flankiert werden müssten solche Maßnahmen durch eine bessere Kommunikation und Außendarstellung der Verfahren. So sollten Beteiligungsverfahren offensiv auf der eigenen Internetpräsenz beworben und der Verfahrensprozess und die Möglichkeiten der Teilnahme und Einbindung kurz, transparent und verständlich dargestellt werden.

Darüber hinaus lohnt es sich, über eine Aufwertung der Bundes- und Landesfachausschüsse nachzudenken, wie dies teilweise bereits analog auf der Kreisverbandsebene praktiziert wird. Dazu müsste ihre strukturelle Stellung und Bedeutung im Gesamtgefüge der unterschiedlichen Parteiinstitutionen und -gremien verbessert werden. Außerdem sollten Wege gefunden werden, ihre inhaltliche Arbeit stärker zu honorieren.

Der Vergleich mit den anderen Parteien legt zudem nahe, die Lücke im Beteiligungsangebot bei den Mitgliederentscheiden zu schließen. Dies sollte selbstverständlich nicht in einem blanken Nachahmen der Konzepte anderer Parteien münden, sondern vielmehr den eigenen Vorstellungen entsprechend ausgestaltet werden. Die Deutsche Parteimitgliederumfrage 2009 konnte auch bei den CDU-Mitgliedern ein hohes Interesse an Urwahlen und Urabstimmungen belegen. Allerdings wurde ein spezielles Profil deutlich: Im Gegensatz beispielsweise zu den Mitgliedern der SPD und CSU bewerten CDU-Mitglieder die Urwahl des Bundesparteivorsitzenden eher verhalten. Die Urwahl der Kandida-

ten für die Bundestagswahlen wird hingegen überdurchschnittlich begrüßt. Skeptischer sind die CDU-Mitglieder jedoch bei der Urabstimmung über Sachfragen.³ Dies könnte dafür sprechen, die Aufstellung von Kandidaten für Parlamentswahlen grundsätzlich in Form von Mitgliederabstimmungen auszugestalten, auf andere direktdemokratische Formen allerdings zu verzichten.

¹ Vgl. auch Jun, Uwe: *Organisationsreform der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren*. In: Jun, Uwe / Niedermayer, Oskar / Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): *Die Zukunft der Mitgliederpartei*. – Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 2009. – S. 187-210.

² § 6a Statut der CDU.

³ Vgl. Alemann, Ulrich von / Laux, Annika: *Die Mitglieder als Faktor innerparteilicher Willensbildung und Entscheidungsfindung*. In: Korte, Karl-Rudolf / Treibel, Jan (Hrsg.): *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland*. – Baden-Baden: Nomos, 2012. – S. 249-266. – *Zeitschrift für Politikwissenschaft, Sonderband 2012*).

Tabelle 3:

Parteien im Vergleich – Dialogische Verfahren

Polythematisch einmalig

CDU

Bund:

- Beteiligungsprozess Bundestagswahlprogramm 2013
- Online-Debatte zum Europawahlprogramm 2014 (Europa)

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- Zukunftsdialoge, Ideenkonferenzen, Dialogprozesse
- Beteiligung bei der Entwicklung von Grundsatzprogrammen und Leitlinien
- Mitarbeit an Leitanträgen für Landesparteitage

SPD

Bund:

- Beteiligungsprozess Bundestagswahlprogramm 2013
- Projekt „Zukunft Deutschland 2020“
- „Planspiele Zukunftsdialog“

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- Zukunftsdialoge, Ideenkonferenzen, Dialogprozesse

Grüne

Bund:

- Beteiligungsprozess Bundestagswahlprogramm 2013
- „Green Primary“ (Europa)

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- Zukunftsdialoge, Ideenkonferenzen, Dialogprozesse

FDP

Bund:

- Beteiligungsprozess Bundestagswahlprogramm 2013

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen

Linke

Bund:

- Beteiligungsprozess Bundestagswahlprogramm 2013
- Programmdebatte für die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes 2010

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen

AfD

Bund:

- Beteiligungsprozess für die Entwicklung politischer Leitlinien

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen

Polythematisch wiederkehrend/dauerhaft

CDU

Bund:

- Mitarbeit an Leitanträgen für Bundesparteitage

SPD

Grüne

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- Online-Diskussion von Parteitagsträgen
- dialogische Regional- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- dialogische Regional- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- „Modellprojekt liquid democracy“

Monothematisch einmalig

CDU

Länder:

- Beteiligung bei der Überarbeitung von Thesenpapieren der Landesfachausschüsse

SPD

Grüne

FDP

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen
- dialogische Regional- und Diskussionsveranstaltungen

FDP

Länder:

- Beteiligungsprozess am netzpolitischen Programm der FDP Bayern

Linke

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen

Linke

AfD

Bund:

- Online-Abstimmung von Anträgen, die auf dem letzten Parteitag nicht behandelt worden sind, um die bestplatziertesten Anträge erneut auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen

Länder:

- Beteiligungsprozesse an Landtagswahlprogrammen

AfD

Länder:

- Basisdiskussion und Abstimmung von Thesepapieren aus Landesfachausschüssen

Monothematisch wiederkehrend/dauerhaft

CDU

Länder:

- Beteiligung bei der Überarbeitung von Thesenpapieren der Landesfachausschüsse

SPD

Grüne

Tabelle 4:

Parteien im Vergleich – Konsultative Verfahren

Polythematisch einmalig

CDU

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Telefonkonferenz mit Ministerpräsidenten
- Online-Abstimmungen

SPD

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Grüne

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Online-Sprechstunden und Chats zum Bundestagswahlprogramm 2013

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Online-Umfragen und Diskussionen

FDP

Linke

AfD

FDP

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Linke

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

AfD

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Online-Umfragen und Diskussionen

Polythematisch wiederkehrend/dauerhaft

CDU

Bund:

- Live-Videochat-Diskussionen

Länder:

- Mitgliederumfragen und „focusgroup“
- Mitgliederversammlungen
- Online-Abstimmungen

SPD

Grüne

Monothematisch einmalig

CDU

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

SPD

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

Grüne

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Monothematisch wiederkehrend/dauerhaft

Dieses Verfahren wird bislang von keiner der untersuchten Parteien angewendet

FDP

Länder:

- Video-Chat/Web-TV-Formate

Linke

FDP

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

AfD

Linke

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- Mitgliederbefragungen

AfD

Bund:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Länder:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Tabelle 5:

Parteien im Vergleich – Mitentscheidende Verfahren

Polythematisch einmalig

Dieses Verfahren wird bislang von keiner der untersuchten Parteien angewendet

Polythematisch wiederkehrend/dauerhaft

CDU

SPD

Grüne

Bund:

- Gemeinschaftsanträge auf Bundesparteitagen

Länder:

- Mitgliederparteitage

Monothematisch einmalig

CDU

Bund:

- Mitgliederbefragungen

Länder:

- Mitgliederbefragungen

SPD

Bund:

- Mitgliederentscheide

Länder:

- Mitgliederentscheide

Grüne

FDP

Bund:

- Gemeinschaftsanträge auf Bundesparteitagen

Länder:

- Mitgliederparteitage

Linke

Bund:

- Fachausschüsse
- Gründung innerparteilicher Zusammenschlüsse

Länder:

- Gründung innerparteilicher Zusammenschlüsse

AfD

Bund:

- Mitgliederparteitage

Länder:

- Mitgliederparteitage

FDP

Linke

AfD

Monothematisch wiederkehrend/dauerhaft

CDU

Länder:

- offene Fachausschüsse

SPD

Länder:

- offene Fachausschüsse

Grüne

Länder:

- offene Landesarbeitsgemeinschaften und -kreise

FDP

Länder:

- offene Fachausschüsse

Linke

Länder:

- offene Landesarbeitsgemeinschaften

AfD

Länder:

- offene Fachausschüsse und Arbeitskreise

Impressum

Der Autor

Alexander Gajewski M.A., Jahrgang 1988, studierte an der Universität Rostock und der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und die Neuere Geschichte Europas

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nico Lange

Leiter der Arbeitsgruppe „Zukunft der Volksparteien“

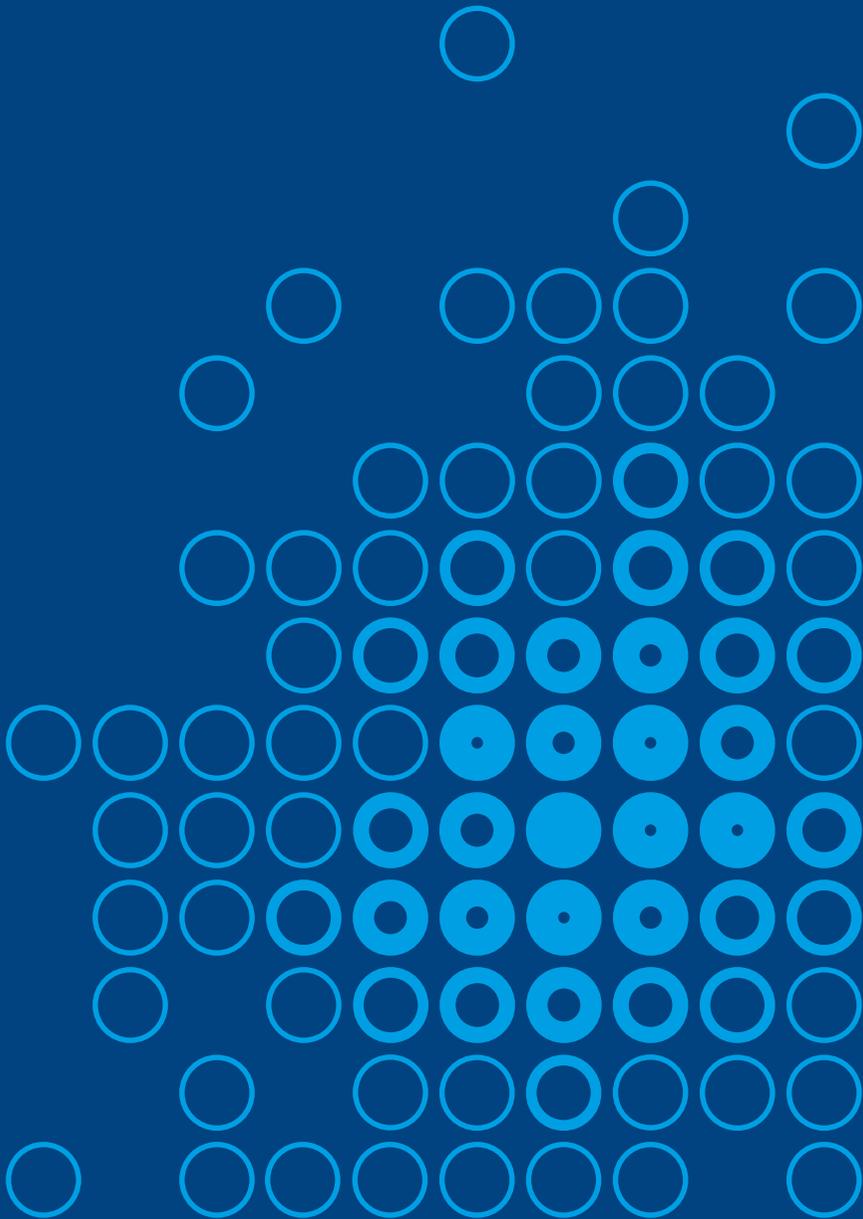
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Telefon: +49(0)-30-2 69 96-35 94

E-Mail: nico.lange@kas.de



DIE TRANSFORMATIONSKONFERENZEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Parteien | Westen | Digitalisierung | Ressourcen

„MEHR EXPERIMENTE! - NACHDENKEN ÜBER DIE VOLKSPARTEIEN DER ZUKUNFT“

17. und 18. Dezember 2014 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

„DIE ZUKUNFT DES WESTENS“

14. Januar 2015 auf dem Petersberg, Bonn

„GLOBAL DIGITAL – DIE ZUKUNFT IM NETZ“

22. Januar 2015 im Cafe Moskau, Berlin

„RESSOURCENNUTZUNG IN EINER VERÄNDERTEN WELT“

26. Februar 2015 im Le Méridien, Hamburg





Konrad
Adenauer
Stiftung